

- 1 Die Linke Marzahn-Hellersdorf
- 2 9. Hauptversammlung,
- 3 4. Tagung
- 4 28. März 2026
- 5
- 6 Antrag A1 Antragssteller\*in: Bezirksvorstand
- 7 Die Hauptversammlung möge beschließen:

8

9

## **Wahlprogramm Die Linke**

10

### **Marzahn-Hellersdorf**

11 **zur Wahl der Bezirksverordnetenversammlung 2026**

12

13

#### **Schwerpunkte/Gliederung**

14

15 Präambel - Gemeinsam an einer lebenswerten Stadt für alle arbeiten

16 Stadtentwicklungspolitik für die Menschen in Marzahn-Hellersdorf

17 Der Bezirk ist für die Menschen da!

18 Familien unterstützen

19 Demokratie verteidigen

20 Ein Bezirk des Friedens

21 Bildung und Ausbildung

22 Mobil in Marzahn-Hellersdorf und darüber hinaus

23 Integration und Migration

24 Inklusion leben - Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention

25 Solidarische Gesundheitspolitik praktizieren

26 Selbstbestimmt im Alter

27 Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit

28 Umwelt - Bewahrung der grünen Lunge

29 Wirtschaft zukunftsfähig entwickeln

30 Kultur ist Lebensmittel

31

1 Sportangebote stärken

## 2 **Präambel**

### 3 **Gemeinsam an einer lebenswerten Stadt für alle arbeiten**

4 Unser Ziel ist eine Stadtentwicklung, die allen Menschen zugutekommt und an der  
5 alle beteiligt werden. Die Bedürfnisse von jungen und älteren Menschen, von  
6 Menschen mit und ohne Behinderung, von Kulturschaffenden, Gewerbetreibenden,  
7 Alteingesessenen und neu Zugezogenen müssen mit den ökologischen und sozialen  
8 Herausforderungen unserer Zeit zusammengebracht werden.

9 Gerade in Marzahn-Hellersdorf haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt,  
10 dass Nachverdichtung ohne gleichzeitigen Ausbau der Infrastruktur zu erheblichen  
11 Belastungen führt. Neue Wohnungen allein lösen keine Probleme, wenn Kitas,  
12 Schulen, medizinische Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeitangebote und  
13 Verkehrsstrukturen nicht im gleichen Maße mitwachsen. Zu oft mussten  
14 Bewohnerinnen und Bewohner erleben, dass Grünflächen verschwanden, Schulen  
15 überlastet waren und Wege zu Ärzten oder Versorgungseinrichtungen länger wurden.

16 Stadtentwicklung in Marzahn-Hellersdorf muss deshalb endlich vom Kopf auf die  
17 Füße gestellt werden. Viel zu lange wurden Bauvorhaben von Investoren  
18 grundsätzlich als Gewinn für den Bezirk dargestellt, ohne ernsthaft zu prüfen,  
19 welchen Mehrwert sie auch für die Menschen vor Ort bringen. Kritik aus der  
20 Bevölkerung wurde häufig als „Not in My Backyard“-Mentalität (NIMBY – „nicht in  
21 meinem Hinterhof“) abgetan – oft von Menschen, die nie hier gelebt haben oder  
22 keine enge Verbindung zu unserem Bezirk besitzen.

23 Wir sagen klar: Stadtentwicklung funktioniert nur mit den Menschen, nicht gegen sie.  
24 Das bedeutet auch, dass das Bezirksamt und der Senat einen Plan dafür haben  
25 müssen, wohin sich Marzahn-Hellersdorf entwickeln soll. In den vergangenen Jahren  
26 war eine solche klare Richtung jedoch nicht erkennbar, stattdessen hat man sich  
27 damit begnügt die Großsiedlungen Marzahn und Hellersdorf weiterhin mit  
28 Wohnungen aufzufüllen. Informationen über Bauvorhaben gelangten dazu stets nur  
29 bruchstückhaft an die Öffentlichkeit und zugleich wurde behauptet, man könne  
30 baurechtlich nichts unternehmen und müsse alles genehmigen. Diese Haltung ist nur  
31 konsequent, wenn man selbst keine stadtentwicklungspolitische Idee davon hat,  
32 wohin sich Marzahn-Hellersdorf entwickeln soll und welche städtebaulichen Ziele  
33 dabei verfolgt werden sollen.

34 Es ist ein politischer Fehler zu glauben, das Berliner Wohnungsproblem lasse sich  
35 durch immer weitere Nachverdichtung in Marzahn-Hellersdorf lösen. Unser Bezirk ist  
36 kein Zufallsprodukt, sondern geplant entstanden. Die Großsiedlung folgt einer  
37 städtebaulichen Logik: Wohnen, Grünflächen, soziale Infrastruktur, Nahversorgung  
38 und gute Anbindung gehören zusammen. Diese Balance darf nicht durch beliebige  
39 Bebauung zerstört werden. Ein ausgeprägter Wohnbezirk funktioniert nur dann gut,  
40 wenn Durchgrünung, soziale Infrastruktur, öffentlicher Nahverkehr und wohnortnahe

1 Versorgung gewährleistet bleiben. Genau diese Grundlagen sind in den vergangenen  
2 Jahren jedoch ins Rutschen geraten.

3 Deshalb ziehen wir jetzt die Handbremse. Wir formulieren selbstbewusst eine  
4 Agenda dafür, wie wir in unserem Bezirk künftig leben wollen. Mit diesem  
5 Wahlprogramm für die BVV machen wir konkrete Vorschläge und werden sie  
6 gemeinsam mit den Marzahn-Hellersdorferinnen und Marzahn-Hellersdorfern  
7 weiterentwickeln. Wir lassen uns nicht länger von einem abgehobenen Senat und  
8 einem zögerlichen Bezirksamt erklären, was angeblich gut für unseren Bezirk sei. Wir  
9 haben den Menschen in Marzahn-Hellersdorf genau zugehört. In diesem Geist ist  
10 dieses Wahlprogramm geschrieben.

11 Deshalb setzen wir uns für eine Stadtentwicklung ein, die Wohnen, soziale  
12 Infrastruktur, Mobilität, Arbeit, Wirtschaft und Freizeit gemeinsam denkt und plant.  
13 Bebauungspläne müssen ökologische Ziele sichern, bestehende Grünflächen  
14 schützen und neue schaffen. Öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kitas,  
15 Jugendfreizeiteinrichtungen, Stadtteilzentren und Feuerwehren müssen nicht nur  
16 erhalten, sondern bedarfsgerecht ausgebaut werden. Private Bauherren müssen  
17 durch städtebauliche Verträge stärker an den Kosten für notwendige soziale  
18 Infrastruktur beteiligt werden.

19 Die Beteiligung der Öffentlichkeit muss frühzeitig beginnen und ernsthaft stattfinden,  
20 damit Planungen gemeinsam mit den Menschen im Bezirk entwickelt werden  
21 können. Stadtentwicklung darf nicht über die Köpfe der Anwohnerinnen und  
22 Anwohner hinweg erfolgen.

23 Wir wollen Marzahn-Hellersdorf zu einem der grünsten und lebenswertesten Bezirke  
24 Berlins weiterentwickeln – mit hoher Wohnqualität, wohnortnaher Infrastruktur,  
25 sicheren Wegen, ausreichend Kita- und Schulplätzen, guter medizinischer  
26 Versorgung und attraktiven Einkaufsmöglichkeiten. Grünflächen und Erholungsräume  
27 sollen nicht nur geschützt, sondern erweitert werden. Dazu gehören auch neue  
28 Angebote für Sport und Freizeit, darunter ein modernes Kombibad für den Bezirk.

29 Um diese Entwicklung zu ermöglichen, brauchen wir eine aktive Bodenpolitik.  
30 Öffentliche Flächen müssen gesichert oder zurückgekauft werden, damit auch künftig  
31 Schulen, Kitas, Wohnungen und soziale Einrichtungen entstehen können. Wälder,  
32 Seen, Plätze und wichtige öffentliche Räume gehören in die Hand der Allgemeinheit.

33 Die Großsiedlungen und Siedlungsgebiete außerhalb des S-Bahnringes sollten  
34 endlich die Aufmerksamkeit und Unterstützung erhalten, die sie für eine  
35 zukunftsfähige Entwicklung benötigen.

36

### 37 **Stadtentwicklungspolitik für die Menschen in Marzahn-Hellersdorf**

38

39 Wohnen ist ein soziales Grundrecht. Der Bezirk muss die soziale  
40 Wohnraumversorgung aktiv sichern. Wir fordern die verbindliche Finanzierung des

1 sozialen Wohnungsbaus durch das Land Berlin sowie den verstärkten Erwerb von  
2 Grundstücken durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften, um steigenden  
3 Mieten und Gentrifizierung entgegenzuwirken. Die Mietpreisbremse muss in  
4 Marzahn-Hellersdorf konsequent durchgesetzt werden.

5  
6 Der Bezirk im Amt für Soziales ausreichend Personal für die Bearbeitung von  
7 Anträgen und für die Beratung im Bereich Wohnungslosenhilfe bereitstellen. Es ist  
8 unabdingbar, dass die Mitarbeiter\*innen in den Ämtern die notwendige Unterstützung  
9 erhalten, um den Antrags- und Beratungsbedarf effizient abzuarbeiten.

## 10 **Marzahn-Hellersdorf braucht bezahlbaren Wohnraum**

11  
12 Die Linke setzt sich dafür ein, dass im Bezirk bezahlbarer Wohnraum erhalten bleibt  
13 und neuer entsteht. Dort, wo es sinnvoll und möglich ist, sollen Wohn- und  
14 Geschäftshäuser mit weiteren Etagen aufgestockt werden, um weniger Fläche  
15 zuzubauen. Wir treten dafür ein, dass die kostenlosen Mieterberatungen ausgeweitet  
16 werden und festes Angebot in jedem Stadtteilzentrum bleiben. Auch im  
17 Siedlungsgebiet muss in Zukunft bezahlbarer Wohnraum zum Beispiel durch  
18 Geschosswohnungsbau geschaffen werden, um dem Wohnungsmangel  
19 entgegenzuwirken.

20  
21 Die Linke sieht in den Wohnungsgenossenschaften des Bezirkes wichtige Partner für  
22 einen stabilen Wohnungsmarkt und für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in  
23 Form von genossenschaftlichem Eigentum. Wir werden sie daher dabei unterstützen,  
24 Flächen vom Land Berlin zur Errichtung weiterer Wohnungen zu erhalten.  
25 Wohnungsneubau allein löst das Problem steigender Mieten nicht.

## 26 27 **Stadtentwicklung mit Augenmaß!**

28 Marzahn-Hellersdorf hat in den vergangenen einen großen Anteil am Neubau von  
29 Wohnungen getragen. Dabei sind politische Fehler gemacht worden: Nie hätte es  
30 zugelassen werden dürfen, dass grüne Innenhöfe mit Wohnungsbau nachverdichtet  
31 werden. Doch die Stadtentwicklungspolitik des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf  
32 und des schwarz-roten Senats hat nicht dazu gelernt, im Gegenteil: Es wird  
33 deutlicher denn je, dass das CDU-geführte Bezirksamt Klientelinteressen bei  
34 ausgewählten Neubauvorhaben verfolgt. Zudem wird immer offenkundiger, dass die  
35 soziale Infrastruktur unseres Bezirks nicht Schritt hält mit dem Wohnungsneubau.  
36 Das soziale Infrastrukturkonzept muss dringend und prioritär überarbeitet und zu  
37 einem wirkungsvollen und tatsächlich handlungsleitenden Stadtplanungsinstrument  
38 weiterentwickelt werden.

39  
40 Wir fordern als neue Maxime: Stadtentwicklung mit und nicht gegen die Menschen.  
41 Diesen Grundsätzen folgend, setzen wir uns bei ausgewählten Neubauvorhaben für  
42 folgende Ziele ein:

## 43 44 **Helene-Weigel-Platz**

1  
2 Auf beiden Seiten des Helene-Weigel-Platzes in Marzahn-Süd sollen nach  
3 Investorenplänen neue Hochhäuser in den Himmel wachsen: sowohl auf der Ostseite  
4 (ehemaliges Kino Sojus) als auch auf der Westseite (Nahversorgungszentrum bzw.  
5 REWE-Parkplatz). Anwohner\*innen beschwerten sich seit Bekanntwerden der ersten  
6 Pläne Ende 2023 über mangelnde Beteiligung und befürchten eine Minderung ihrer  
7 Lebensqualität durch die Folgen der Neubauten: steigende Mieten im Bestand,  
8 Überlastung der örtlichen Infrastruktur, Verschattung der eigenen Wohnung und des  
9 Platzes sowie Verlust von Parkplätzen.

10  
11 Wir treten für eine städtebauliche Erhaltungsverordnung für den Helene-Weigel-Platz  
12 ein und unterstützen die Forderung der Bürgerinitiative vom Helene-Weigel-Platz  
13 nachechter Beteiligung der Anwohnerschaft am weiteren Bebauungsplanverfahren  
14 sowie Verbesserungen bei Nahversorgung, medizinischer Versorgung,  
15 Bürgerdiensten, Kita- und Schulplätzen, Parkplätzen, Klimaschutzstandards und  
16 einen Verzicht auf Nachverdichtung. Wir lehnen Pläne für eine weitere Privatisierung  
17 landeseigener Grundstücke auf dem östlichen Teil des Helene-Weigel-Platzes ab.  
18 Der Verbleib der Flächen in öffentlicher Hand ist ein entscheidender Hebel  
19 gegenüber dem Investor, denn die CDU will am östlichen Helene-Weigel-Platz ohne  
20 Not öffentliche Parkplätze in Bauland umwandeln.

### 21 22 **Bauprojekt Kleeblatt-Passage (Hohensaatener Straße)**

23  
24 Die Gebäude der Kleeblattpassage an der Hohensaatener Straße, einem  
25 Nahversorgungszentrum in Marzahn-Ost, sollen abgerissen werden. An ihre Stelle  
26 sollen neue Wohngebäude treten, die zum Teil deutlich höher als die 6- und 11-  
27 Geschosser in der unmittelbaren Umgebung werden sollen. Zusätzliche Schul- und  
28 Kindergartenplätze? Fehlanzeige. Wir unterstützen die Forderung der lokalen  
29 Bürgerinitiative die Höhe der geplanten Neubauten zu begrenzen: vier Etagen und  
30 ein Staffelgeschoss - höher soll eine Neubebauung nicht werden. Die jetzt geplante  
31 massive Verdichtung in diesem Wohngebiet ist städtebaulich nicht verträglich. Das  
32 CDU-geführte Bezirksamt hat keinerlei Vorsorge getroffen, um dem Mangel an  
33 sozialer Infrastruktur im Stadtteil etwas entgegenzusetzen, trotz mehrerer bekannter  
34 riesiger Bauprojekte im Stadtteil- Tal-Center, Marzahner Promenade, ehem. Knorr-  
35 Bremse – hat das Bezirksamt keinen einzigen neuen Schulstandort in der Nähe  
36 geplant. Ein ursprünglich geplanter Kindergarten in der Mehrower Allee wurde nicht  
37 umgesetzt. Der Ärztemangel ist nicht zu ertragen.

### 38 39 **Bauprojekt Tal-Center (Oberweißbacher Straße)**

40  
41 Seit bekannt ist, dass die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Gewobag das Tal-  
42 Center abreißen und dort 500 bis 600 neue Wohnungen bauen lassen will, ist die  
43 Wut groß. Klar ist zumindest eines: dass die Infrastruktur im Kiez schon jetzt  
44 überlastet ist. Dennoch - obwohl lange klar ist, dass Investoreninteressen und lokale

1 Interessen weitauseinandergehen, zeigt das Bezirksamt keine ernsthaften  
2 Bemühungen um Beteiligung der Anwohnerschaft. Erst ließ es hinter verschlossenen  
3 Türen eine "städtebauliche Quartiersstudie" erstellen, Einsicht erhielten nur die  
4 Mitglieder des Bürgerbeirats, aber nicht die Öffentlichkeit. Trotzdem soll die Studie  
5 die Grundlage sein, auf der der Kiez" entwickelt" wird. Es gibt ein bewährtes  
6 Instrument, das rechtsverbindlich die Möglichkeiten einer Bebauung im Kiez regeln  
7 kann: der Bebauungsplan. Mit einem Bebauungsplan ließen sich die nicht nur die  
8 Geschosshöhe eines Neubaus am Center-Standort begrenzen. Sondern es ließe  
9 sich auch festlegen, welche Flächen z.B. auch für Gewerbe genutzt werden sollen.  
10 Auch die Kita- und Schulplatzversorgung könnte ein Bebauungsplanverbessern. Wir  
11 fordern einen Bebauungsplan für den Kiez: Geschosshöhe der Wohnbebauung  
12 begrenzen, Infrastruktur stärken und echte Mitsprache der Anwohnerschaft:  
13 beteiligen und nicht nur informieren!

14

### 15 **Allee der Kosmonauten 155**

16

17 Wir unterstützen die Bürgerinitiative mit ihrer Forderung nach Erstellung eines  
18 Bebauungsplanes, um die Infrastruktur vor Ort langfristig zu erhalten und gegen  
19 Investoreninteressen abzusichern. Da SPD und CDU nicht schon frühzeitig auf den  
20 Vorschlag der Linken für ein Bebauungsplanverfahren eingegangen waren, wurde  
21 den Plänen des Investors Tür und Tor geöffnet. Letzterer konnte bereits einen  
22 Bauvorbescheid erwirken. Für einen Erfolg ihres Anliegens ist es aber notwendig,  
23 dass CDU und SPD endlich vernünftig werden und ihren Widerstand gegen einen  
24 Bebauungsplan aufgeben. Nur dann können die Interessen der Anwohner  
25 effektivberücksichtigt werden.

26

### 27 **Feldberger Ring**

28

29 Die Bowlingbahn am Feldberger Ring muss erhalten bleiben. Wir fordern das  
30 Bezirksamt dazu auf, zu prüfen, ob für die Bowlingbahn am Feldberger Ring in  
31 Hellersdorf Denkmalschutz geltend gemacht werden kann. Es handelt sich vermutlich  
32 um das letzte erhaltene Exemplar einer sogenannten ESK-Kaufhalle in Hellersdorf,  
33 wie sie zu DDR-Zeiten nach standardisierter Typenbauweise errichtet wurden. Auf  
34 dem Grundstück der Bowlingbahn am Feldberger Ring in Hellersdorf sollen  
35 Luxuswohnungen gebaut werden, der Bowlingbahn selbst droht die Schließung und  
36 der Abriss. Wir fordern einen Bebauungsplan mit umfassender Bürgerbeteiligung.

37

### 38 **Der Bezirk ist für die Menschen da!**

39 Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft mit gleichen Chancen für alle -  
40 unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status. Soziale Infrastruktur,  
41 Nachbarschaftsarbeit und Beratungsstellen (z.B. Migrationssozialberatung,  
42 Rechtsberatung für Geflüchtete) sollen langfristig finanziert und gestärkt werden. Wir

1 unterstützen freiwilliges Engagement und kämpfen deshalb auch für eine finanzielle  
2 Absicherung der Arbeit der bezirklichen Freiwilligenagentur.

### 3 **Soziale Teilhabe und Integration**

4 Der Ausbau der sozialen Infrastruktur in unserem Bezirk muss weiter verstärkt  
5 werden. Dies umfasst die Förderung und den Erhalt von Stadtteilzentren sowie die  
6 Unterstützung von Bürgerinitiativen, die die sozialen Netzwerke vor Ort stärken.  
7 Diese Zentren sollen als Anlaufstellen für soziale, kulturelle und bildungsbezogene  
8 Angebote dienen. Stadtteilzentren sollen weiterhin Angebote für Gemeinschaft und  
9 gegen Einsamkeit anbieten, die Öffnungszeiten sollen bedarfsgerecht entwickelt  
10 werden.

11 Die Finanzierung der Stadtteilzentren muss verpflichtend erfolgen, nicht mehr als  
12 freiwillige soziale Leistung. Das Land Berlin muss den Bezirken ausreichend Mittel  
13 zur Verfügung stellen, um diese Einrichtungen entsprechend den realen  
14 Bedürfnissen zu finanzieren und ihre Arbeit langfristig zu sichern.

15 Die bestehenden QM-Büros, die mobile Stadtteilarbeit und die BENN-Büros bilden  
16 wichtige Kerne zivilgesellschaftlicher Netzwerke und sollen gemeinsam mit den  
17 Räumen für Beteiligung echte Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bevölkerung  
18 schaffen. Deshalb fordern wir eine stärkere Unterstützung von Bürgerinitiativen, die  
19 dort Zugang zu Räumen, technischer Ausstattung und finanzieller Unterstützung  
20 erhalten sollen, um Stadtteilarbeit von unten zu ermöglichen. Gleichzeitig soll der  
21 Bezirk die beiden Standorte der Schuldnerberatung weiterhin bedarfsgerecht  
22 finanzieren und ebenso die Mieterberatung sowie die allgemeine soziale Beratung in  
23 den Stadtteilzentren dauerhaft absichern.

24 Wir wollen gesicherte, gut entlohnte Arbeitsplätze in öffentlichen Einrichtungen wie  
25 Stadtteilzentren und anderen sozialen Diensten schaffen, um den Beschäftigten eine  
26 stabile Perspektive und faire Arbeitsbedingungen zu schaffen. Wir setzen uns für den  
27 Abbau des prekären Sektors der öffentlich geförderten Beschäftigung ein. Soziale  
28 Arbeit darf nicht von unsicheren Arbeitsmarktmaßnahmen abhängen.

### 29 **Bürgerdienste und moderne Verwaltung**

30 Wir setzen uns für den Erhalt aller Bürgerämter im Bezirk und die Einrichtung eines  
31 mobilen Bürgeramtes sowie den Ausbau der Onlineangebote (digitaler Bürgerdienst)  
32 ein, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten in guter Erreichbarkeit,  
33 angemessenen Fristen und guter Qualität regeln können.

34 Für eine gut funktionierende Demokratie und ein vielfältiges Engagement der  
35 Bürgerinnen und Bürger ist eine gut organisierte und ausgestattete Verwaltung  
36 wichtige Voraussetzung. Die Personalausstattung der bezirklichen Verwaltung muss  
37 sich den Bedürfnissen eines weiterhin wachsenden Bezirkes anpassen.  
38 Einstellungsverfahren müssen zügig und schnell erfolgen, um qualifiziertes Personal  
39 zu gewinnen.

40

1

## 2 **Familien unterstützen**

3 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Formen des freiwilligen Zusammenlebens von  
4 Menschen, die Kinder erziehen oder Hilfsbedürftige betreuen, unterstützt werden. Wir  
5 erwarten vom Land Berlin eine sachgerechte Ausstattung mit Personal und  
6 finanziellen Ressourcen.

7 Angebote für Familien, wie zum Beispiel der Familiengutschein für alle Eltern von  
8 Neugeborenen, eine Erziehungsberatung, Eltern-Kind-Gruppen oder das Programm  
9 „Frühe Hilfen“ sollen gesichert und ausgeweitet werden.

10 Die Beratungskapazität der öffentlich finanzierten Erziehungs- und  
11 Familienberatungsstellen und der regionalen sozialpädagogischen Dienste des  
12 Jugendamtes sollen deutlich erhöht werden. Familien haben Anspruch auf Hilfe und  
13 auf Sozialarbeiter\*innen, die Zeit für sie haben.

14 Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Hilfen zur Erziehung ein.  
15 Diese soll frühzeitig zur Verfügung stehen und so wirken, dass den Kindern und  
16 Familien geholfen werden kann, ehe schwerwiegende Probleme entstehen.

17 Die Entwicklung der Flexi-Budgets soll durch ein fachliches Monitoring begleitet und  
18 finanziell weiter unterstützt werden.

19 Die Finanzierung der Hilfen zur Erziehung muss in gemeinsamer Verantwortung von  
20 Land und Bezirken neu ausgerichtet werden. Kein Bezirk soll auf den Mehrkosten  
21 sitzen bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Voraussetzungen für die  
22 Erbringung von Hilfen zur Erziehung in kommunaler Verantwortung geschaffen  
23 werden.

24

## 25 **Demokratie verteidigen**

26 **Die Linke** steht für die Entwicklung und Stärkung unseres Bezirkes als Kommune  
27 der Bürgerinnen und Bürger. Das heißt die Menschen müssen bei den Vorhaben des  
28 Bezirkes frühzeitig und umfassend beteiligt werden. Dazu gehört die regelmäßige  
29 Information der Bürgerinnen und Bürger durch regelmäßig stattfindende  
30 Einwohnerversammlungen des Bezirksamtes und der  
31 Bezirksverordnetenversammlung in den Stadtteilen. Demokratie bedeutet für uns  
32 auch und vor allem soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung und Förderung  
33 zivilgesellschaftlichen Engagements.

34 **Die Linke steht** für eine offene, vielfältige, tolerante, demokratische Gesellschaft.  
35 Demokratie verteidigen heißt, soziale Gerechtigkeit zu stärken und zugleich  
36 rechtspopulistischer Hetze und Spaltung der Gesellschaft durch gemeinsames  
37 Handeln aller Demokratinnen und Demokraten zu begegnen.

1 Wir stehen für einen bunten vielfältigen Bezirk als gleichberechtigte Partnerin mit den  
2 anderen demokratischen Kräften. Die Bewohnerinnen und Bewohner unseres  
3 Bezirks müssen sich einmischen, mitmachen und ihren Kiez und Bezirk gestalten  
4 können. Das geschieht in Vereinen oder Bürgerinitiativen, im Bündnis für Demokratie  
5 und Toleranz, in vielfältigen Strukturen und bei Veranstaltungen wie „Schöner leben  
6 ohne Nazis“. Wir unterstützen die bezirkliche Koordinierungsstelle für  
7 Demokratieentwicklung und fordern deren Stärkung.

8 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Wahllokale barrierefrei erreichbar sind.

### 9 **Bürgerhaushalt als Baustein der direkten Demokratie**

10 Wir setzen uns für die Weiterführung und Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes  
11 ein. Auch in Zukunft werden wir uns dafür engagieren, dass dieses Instrument der  
12 direkten Demokratie zur Anwendung kommt, weiterentwickelt und den aktuellen  
13 Bedürfnissen angepasst wird. Zukünftig sollten Vorschläge ganzjährig eingereicht  
14 werden können und die Abstimmungsphase verlängert werden.

15 Der Bürgerhaushalt sollte jedes Jahr durchgeführt werden, um lange Bearbeitungs-  
16 und Umsetzungszeiten zu verkürzen. Regelmäßig sollte über den Stand der  
17 Realisierung beschlossener Vorschläge von Bürgern berichtet und somit  
18 Rechenschaft über Verwaltungshandeln abgelegt werden. Dies kann im Rahmen von  
19 Einwohnerversammlungen erfolgen.

20 Onlineangebote und Onlineabstimmungen müssen weiterentwickelt werden und an  
21 die Anforderungen der modernen Kommunikation angepasst werden. Der  
22 Onlinezugang ist barrierearm und in leichter Sprache bereitzustellen.

23 Wir setzen uns für die Fortführung des Bürgerbudgets in Höhe von mindestens  
24 200.000 € je Haushaltsjahr zur Umsetzung von Vorschlägen der Bürgerinnen und  
25 Bürger ein.

### 26 **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

27 **Die Linke** unterstützt das Kinder- und Jugendparlament Marzahn-Hellersdorf und  
28 setzt sich für den Fortbestand sowie eine auskömmliche Finanzierung der  
29 Schülerhaushalte ein, damit auch Kindern und Jugendlichen im Rahmen des  
30 Bürgerhaushalts die Möglichkeit zur Mitbestimmung gegeben wird.

### 31 **Ein Bezirk des Friedens**

32

33 **Die Linke** setzt sich dafür ein, Marzahn-Hellersdorf zu einem "Bezirk des Friedens"  
34 zu erklären. Dazu gehört, bezirkliche Räume militärfrei zu halten. Der Bezirk soll sich  
35 nicht an Werbekampagnen der Bundeswehr beteiligen und das Land Berlin  
36 auffordern, Bundeswehrwerbung im öffentlichen Raum grundsätzlich zu beenden.  
37 Insbesondere an Schulen darf es keine Werbung oder Präsenz der Bundeswehr  
38 geben. Sie müssen geschützte Räume für Bildung, persönliche Entwicklung und  
39 kritisches Denken sein. Statt militärischer Werbung soll die zivile Berufsorientierung  
40 gestärkt werden.

41

1 Die Bundeswehr soll zudem nicht an vom Bezirk organisierten Stadtfesten,  
 2 Ausbildungsmessen oder Jobbörsen teilnehmen. Jede Form militärischer  
 3 Nachwuchswerbung im schulischen oder berufsorientierenden Umfeld lehnen wir  
 4 entschieden ab. Politische Bildung muss friedensorientiert, unabhängig und frei von  
 5 Werbeinteressen sein. Deshalb unterstützen wir Schülerinitiativen, die sich für  
 6 Friedensbildung, Kriegsdienstverweigerung sowie gegen Werbung und Präsenz der  
 7 Bundeswehr an Schulen einsetzen.

8

## 9 **Bildung und Ausbildung**

10

11 Gute Bildung für alle ist eine zentrale Voraussetzung für Teilhabe in einer  
 12 demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Sie hilft, Armut zu bekämpfen, und  
 13 darf nicht davon abhängen, in welchem Berliner Bezirk Kinder und Jugendliche  
 14 aufwachsen. Ziel muss sein, dass alle jungen Menschen – unabhängig vom  
 15 Einkommen ihrer Eltern – die gleichen Chancen und Voraussetzungen für ihre  
 16 Zukunft erhalten. Deshalb soll Bildung allen Kindern und Jugendlichen kostenfrei zur  
 17 Verfügung stehen: durch den Besuch einer Kita, durch die Bereitstellung aller  
 18 notwendigen Lernmaterialien in der Schule, durch einen möglichen Hortbesuch für  
 19 alle Grundschul Kinder sowie durch ein ÖPNV-Ticket und ein warmes, gesundes  
 20 Mittagessen für alle Schüler\*innen.

21

## 22 **Förderung der frühkindlichen Bildung (Kita)**

23

24 Kitas sind Bildungseinrichtungen und sollen interdisziplinär arbeiten. Es braucht mehr  
 25 Kitaplätze, Weiterbildung für Erzieher\*innen im interkulturellen Kontext und Zugang  
 26 zu Sprachmittlern.

27

28 **Die Linke** setzt sich dafür ein, Kinderbetreuungsangebote den flexiblen Arbeitszeiten  
 29 der Eltern anzupassen und in den Kitas einen Personalschlüssel bei Kindern von 0  
 30 bis 3 Jahren von einer pädagogischen Fachkraft für 3 Kinder und bei Kindern ab 4  
 31 Jahren von 6 Kindern anzustreben. Eine Absenkung des Personalkostenbasiswertes  
 32 muss verhindert werden.

33 **Für Die Linke** sind für ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben qualitativ  
 34 hochwertige Angebote der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung und der  
 35 Familienarbeit von grundlegender Bedeutung.

36 Deshalb setzen wir uns im Kita-Bereich für eine vorbehaltlose Umsetzung des  
 37 Anspruchs auf inklusive Förderung für Kinder, die eine zusätzliche Unterstützung für  
 38 ihre weitere Entwicklung benötigen, ein. Wir wollen besondere Begabungen fördern  
 39 und eine individuelle Sprachförderung für alle Kinder, unabhängig von der  
 40 Herkunftssprache, ermöglichen.

41

## 42 **Stärkung der Gemeinschaftsschulen**

43

44 Die Linke tritt für eine Stärkung der Gemeinschaftsschulen ein, denn hier kann es  
 45 besonders gut gelingen, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abzukoppeln.

1 Neue Schulen sollen vorrangig als Gemeinschaftsschulen geplant und gegründet  
 2 werden – als Schulen des gemeinsamen Lernens von der Einschulung bis zum  
 3 Abitur. Wir wollen erreichen, dass endlich auch in Marzahn-Hellersdorf an  
 4 Gemeinschaftsschulen bis zum Abitur gelernt werden kann. Deshalb setzen wir uns  
 5 für gymnasiale Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen in Marzahn-Hellersdorf ein!

6

### 7 **Guter Ganzttag für alle**

8

9 Schule muss Raum für Lernen und ebenso für Freizeit, Sport und Spiel sein. Für die  
 10 ersten und zweiten Klassen wurde bereits ein kosten- und bedarfsprüfungsfreier  
 11 Zugang zur ergänzenden Förderung und Betreuung (Hort) ermöglicht. Wir setzen uns  
 12 dafür ein, dass das auch für die 3. und 4. Klassen möglich wird. Eltern müssen sich  
 13 darauf verlassen können, dass sich ihr Kind sicher bis 16.00 Uhr in der Schule  
 14 aufhalten kann. Auch in den Oberstufen müssen nachhaltige Bedingungen für  
 15 Ganztagskonzepte geschaffen werden, die alle Schüler\*innen ansprechen.

16

### 17 **Lehrkräftemangel in Schulen des Bezirks beenden**

18

19 Um den Lehrkräftemangel an den Schulen des Bezirks zu beenden, braucht es eine  
 20 stärkere zentrale Steuerung durch den Senat, die langfristige Sicherung  
 21 ausreichender Studienplätze an den Berliner Universitäten sowie deutlich bessere  
 22 Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und Referendar\*innen.  
 23 Zusätzlich müssen Schulen stärker durch multiprofessionelle Teams unterstützt  
 24 werden, damit Unterricht und individuelle Förderung verlässlich gewährleistet werden  
 25 können.

26

### 27 **Wer besondere Unterstützung beim Lernen braucht, muss sie bekommen**

28

29 Wir fordern auf dem Stand des Schuljahres 2024/25 die Sicherung aller  
 30 Schulstationen, ausreichende Mittel für das Bonusprogramm an Brennpunktschulen,  
 31 die Fortführung und Finanzierung des produktiven Lernens – auch an der ASH –  
 32 sowie eine verlässliche Ausstattung der Schulen mit Schulsozialarbeit.

33

### 34 **Inklusive Schulen**

35

36 Jeder Mensch, ob mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder mit Hochbegabung,  
 37 ist einzigartig und muss in seinen Besonderheiten anerkannt und gefördert werden.  
 38 Das im Schulgesetz verankerte Recht auf die inklusive Beschulung in einer  
 39 Regelschule muss wohnortnah umgesetzt werden können.  
 40 Deshalb fordert Die Linke den barrierefreien Umbau aller Schulen, kleinere Klassen  
 41 und angepasste Personalschlüssel sowie gut ausgebildetes und ausreichend  
 42 vorhandenes Personal. Schulen sollen zusätzlich durch multiprofessionelle Teams  
 43 unterstützt werden, zu denen unter anderem Ergo- und Physiotherapeutinnen,  
 44 Logopädinnen, Psychologinnen, Musik- und Lerntherapeutinnen,  
 45 Krankenpflegerinnen, Handwerkerinnen, Künstlerinnen sowie Schulassistentinnen,  
 46 Schulhelferinnen, pädagogische Unterrichtshilfen, Betreuerinnen, pädagogische  
 47 Assistentinnen, Sprachlernassistentinnen und Medienpädagoginnen gehören  
 48 können. Wichtig ist dabei, dass diese Teams ergänzend eingesetzt werden und nicht  
 49 an die Stelle von Lehrkräften treten. Darüber hinaus müssen mehr  
 50 Sozialarbeiterinnen und Psycholog\*innen ihre Arbeit an den Schulen aufnehmen, und

1 jede Schule braucht eine eigene, voll ausgestattete Verwaltungsleitung, um das  
2 gesamte Kollegium spürbar zu entlasten.

3

4 Laut UN-Kinderrechtskonvention hat jedes Kind das Recht auf Bildung, egal in  
5 welchem Land es geboren wurde oder wo es heute lebt. Deshalb wollen wir eine  
6 schnelle Einschulung von geflüchteten Kindern.

7

## 8 **Selbstbestimmung für Kinder und Jugendliche**

9 **Die Linke setzt** sich dafür ein, ein neues Kinder- und Jugendparlament zu gründen,  
10 das in der Bezirksverordnetenversammlung antrags- und redeberechtigt ist.

11 Gleichzeitig sollen unbürokratische Möglichkeiten geschaffen werden, damit Kinder  
12 und Jugendliche eigene Projekte selbst verwirklichen können. Zudem müssen  
13 bestehende Jugendklubs und Freizeiteinrichtungen erhalten, neue Angebote eröffnet  
14 und alle Einrichtungen personell angemessen ausgestattet werden. Auch weiterhin  
15 soll ein kostenfreies bezirkliches Ferienprogramm stattfinden.

16 Die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe muss enger werden. Jugendliche  
17 müssen mehr Entscheidungsrechte für ihre Zukunft erhalten! Allen Schüler\*innen soll  
18 es ermöglicht werden durch die Bereitstellung eines festen Budgets die Möglichkeit  
19 zu erhalten, mit ihren Ideen ihr schulisches Umfeld zu verändern. Den  
20 Schüler\*innenhaushalt werden wir fortführen, um die demokratische Mitwirkung zu  
21 stärken.

22

## 23 **Schulmittagessen**

24

25 Unser Ziel ist, dass in allen Grund- und weiterführenden Schulen ein warmes,  
26 qualitativ hochwertiges und für Eltern **kostenfreies Mittagessen** angeboten werden  
27 soll. Zuverlässige Caterer sollen langfristig und gesichert ausgewählt werden.  
28 Oberschüler\*innen halten sich in Schulen 6 bis 10 Stunden auf. Auch sie müssen  
29 ausreichend trinken, noch dazu bei immer höheren Temperaturen im Sommer. Wir  
30 fordern deshalb kostenlose **Trinkwasserspender auch für alle Oberschulen**.

31

## 32 **Schulreinigung**

33

34 Ein guter Schulalltag erfordert saubere Schulen. Die Linke setzt sich deshalb auch  
35 weiter für eine gesicherte Tagesreinigung und die Rekommunalisierung der  
36 Schulreinigung ein.

37

## 38 **Sichere Schulwege**

39

40 Schulen müssen für Schüler\*innen sicher zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar  
41 sein. Dazu noch notwendige Querungshilfen wie Fußgängerüberwege oder  
42 Mittelinseln, Ampelanlagen, sichere Fahrradwege und die Anordnung von Tempo 30,  
43 wo es noch nicht erfolgt ist, müssen entsprechend des Bedarfs nachgerüstet und  
44 angeordnet werden.

45

## 46 **Schulen bauen und modernisieren**

47

1 Die Linke fordert die konsequente Einsetzung von Schulbauausschüssen unter  
2 Beteiligung aller relevanten Akteurinnen, einschließlich Kooperationspartnerinnen  
3 und Initiativen aus der Nachbarschaft, sowie eine transparente Informationspolitik  
4 durch die zuständigen Ämter und Bauausführenden. Zudem müssen alle zukünftigen  
5 Schulsanierungen und Schulneubauten den pädagogischen Anforderungen einer  
6 inklusiven Ganztagschule entsprechen.

7  
8 Der Sanierungsstau in unseren Schulen ist riesig. Zusätzlich brauchen wir deutlich  
9 mehr Schulplätze, denn die Zahl der Schüler\*innen in unserem Bezirk wächst durch  
10 Zuzug weiter und viele Schulen sind überbelegt. Deshalb müssen zügig neue  
11 Schulen gebaut werden oder bestehende Schulen Ergänzungsbauten bekommen.  
12 Schnelle Entlastung könnten Auf- und Anbauten auf DDR-Serienbauten bringen, wie  
13 sie in anderen Bezirken im Stadtumbau-Ost bereits erprobt wurden.

14  
15 **Wir fordern** vom Senat, endlich einen Schulplatzfaktor anzuwenden, der dem  
16 tatsächlichen Bedarf entspricht, denn in Neubauten ziehen hier viel mehr Familien  
17 mit mehr Kindern ein als in anderen Berliner Bezirken. Neubauschulen in neu  
18 entstehenden Wohngebieten werden in unserem Bezirk in der Regel wider besseres  
19 Wissen zu klein geplant und gebaut. Immer wieder kommt es vor, dass Investitionen  
20 in Schulbau oder Schulsanierung verschoben werden. Die so freiwerdenden Mittel  
21 sollten über eine vorgeplante Reserveliste umgelenkt werden, damit sich kein  
22 Investitionsstau aufbaut, der zukünftige Haushalte belastet.

23  
24 So schnell wie möglich muss der Sanierungsstau bei den Schulhöfen abgebaut  
25 werden. Schüler\*innen müssen und wollen auch an die frische Luft! Außerdem muss  
26 es endlich eine funktionierende Koordinierung zwischen Land und Bezirk geben,  
27 damit bei der Übergabe eines Schulneubaus auch der Schulhof fertig ist.

28  
29 Wir unterstützen das Konzept der Mehrfachnutzung von Schulen: Schulen müssen  
30 sich in den Stadtraum öffnen. So sollten schon bei der Planung neuer Schulen  
31 prinzipiell auch benötigte Räume für die Musikschule, eine Stadtteilbibliothek, für  
32 Kultur, Sport, die Jugendverkehrsschule, Stadtteilzentren oder anderer Bedarf im  
33 Stadtraum mitgedacht werden. Wir unterstützen dieses Konzept der  
34 Mehrfachnutzung auch in Bestandsschulen.

35  
36 Auch für Schulen brauchen wir **Hitzeschutzmaßnahmen**. Fassadenbegrünung, die  
37 Anpflanzung schattenspendender Bäume und Hitzeschutzsegel sehen wir als  
38 geeignete Maßnahmen.

39  
40 Um Schulen im Betrieb bei Großsanierungen zu entlasten, braucht es rechtzeitig  
41 Ausweichstandorte.

42  
43 Zu den weiteren Forderungen gehört, dass im neuen Wohngebiet an der Knorr-  
44 Bremse eine Gemeinschaftsschule geschaffen wird. Zudem werden  
45 Erweiterungsbauten für die Grundschulen „An der Mühle“, an der Geißenweide, an  
46 der Kolibri-Grundschule und an der Grundschule am Schleipfuhl benötigt. Darüber  
47 hinaus ist der Neubau zusätzlicher Grundschulen an der Haltoner Straße, der Bruno-  
48 Baum-Straße sowie in wachsenden Wohngebieten, etwa am Buckower Ring und am  
49 Merler Weg beziehungsweise an der Allee der Kosmonauten, erforderlich. Außerdem  
50 soll die Ulmenschule barrierefrei umgebaut und die Schulgebäude der Franz-Carl-

1 Achard-Grundschule, der Grundschule an der Mühle sowie der Falken-Grundschule  
2 umfassend saniert werden.

3

#### 4 **Schule digital**

5

6 **Die Linke fordert** die flächendeckende Ausstattung der Schulen mit digitalen  
7 Arbeitsmitteln und einen Internetzugang für alle Schüler\*innen als Voraussetzung zur  
8 aktiven Teilhabe an der Informations- und Wissensgesellschaft und für berufliche  
9 Chancen. Schüler\*innen und Lehrkräfte brauchen als Arbeitsmittel Computer. Diese  
10 müssen ihnen kostenfrei zur Verfügung stehen.

11

12 Alle Schulen müssen so schnell wie möglich an das Breitband angeschlossen  
13 werden und über WLAN verfügen können. Bis dahin muss ihnen mobiles WLAN mit  
14 entsprechendem Zubehör zur Verfügung gestellt werden.

15 Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte und eine professionelle IT-Wartung, IT-  
16 Administration und IT-Sicherheitsbeauftragte in allen Schulen sind zwingende  
17 Voraussetzungen für digitales Arbeiten an den Schulen.

18

#### 19 **Außerschulische Lernorte**

20

21 Die Linke setzt sich für den Ausbau außerschulischer Lernorte wie  
22 Umweltbildungszentrum, Gartenarbeitsschule, Grünes Klassenzimmer,  
23 Jugendkunstschule, Musikschule und Helleum ein, um den Unterricht und den  
24 außerunterrichtlichen Bereich durch Angebote zu Umwelt- und Klimaschutz, Kunst  
25 und Kultur sowie durch vielfältige Projekte für Schülerinnen sinnvoll zu ergänzen.  
26 Darüber hinaus soll durch ausreichend verfügbare Hallenzeiten sichergestellt  
27 werden, dass alle Schülerinnen der 3. Klassen am Schwimmunterricht teilnehmen  
28 können; Kinder, die danach noch nicht schwimmen können, sollen zusätzliche  
29 Förderangebote erhalten, auch während der Ferien.

30

#### 31 **Ausbildung stärken**

32 Jeder Schulabgänger und jede Schulabgängerin sowie alle Jugendlichen im Bezirk  
33 sollen eine klare berufliche Perspektive haben. **Die Linke steht** für eine solide  
34 Ausbildung und eine existenzsichernde Beschäftigung für alle. Diese Forderungen  
35 verfolgen wir konsequent auf Landes- und Bezirksebene. Jugendarbeitslosigkeit  
36 müssen vermieden und bekämpft werden.

37 Nach dem Schulabschluss müssen genügend Ausbildungsplätze für Berufe  
38 bereitstehen, an denen es in unserem Bezirk mangelt. Wir fordern deshalb vom  
39 Senat, dass der Bau einer **Berufsschule für medizinische Berufe** in Biesdorf  
40 endlich verwirklicht wird.

41

42 Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf muss verstärkt als Vorbild in der Ausbildung  
43 fungieren. Die Ausbildung im öffentlichen Dienst soll nicht nur eine Chance für den  
44 Berufseinstieg bieten, sondern auch zur Nachwuchsförderung in der Verwaltung  
45 beitragen. Wir fordern, dass mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Sektor  
46 geschaffen werden, um jungen Menschen eine stabile Zukunftsperspektive zu  
47 eröffnen.

1 **Die Linke** unterstützt den Ausbau und die Weiterentwicklung der  
2 Jugendberufsagentur, um junge Menschen bei ihrer beruflichen Orientierung und  
3 beim Einstieg in den Arbeitsmarkt bestmöglich zu begleiten.

4 Zudem setzen wir uns für eine Stärkung der Verbundausbildung sowie für die  
5 Sicherung und Weiterentwicklung bestehender Ausbildungsverbände im Bezirk ein.  
6 Ebenso soll die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und  
7 Bildungseinrichtungen intensiviert werden, um die Berufsausbildung und das duale  
8 System insgesamt aufzuwerten. Darüber hinaus müssen Arbeitsagentur und  
9 Jobcenter bei der Bewältigung der gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit unterstützt  
10 werden, insbesondere durch passgenaue Förder- und Qualifizierungsangebote für  
11 junge Menschen.

12  
13

## 14 **Mobil in Marzahn-Hellersdorf und darüber hinaus**

15 Der öffentliche Nahverkehr ist das Rückgrat der Mobilität in unserem Bezirk. Ein  
16 verlässlicher Betrieb von Bus und Bahn ist Voraussetzung für viele Menschen in  
17 unserem Bezirk, mobil zu sein. Darüber hinaus muss auch das Angebot erweitert  
18 werden und Infrastruktur ausgebaut werden.

### 19 **Ausbau der S-Bahn**

20 Die Linke setzt sich dafür ein, die Taktung der S-Bahn, insbesondere auf der Linie  
21 S5, zu verdichten und die Bahnhöfe Ahrensfelde, Mehrower Allee, Poelchaustraße  
22 und Raoul-Wallenberg-Straße endlich barrierefrei auszubauen. Darüber hinaus soll  
23 der S-Bahnhof Ahrensfelde zusätzlich in das Bahnmodernisierungsprogramm  
24 von Deutscher Bahn und Land Berlin aufgenommen werden. Ebenso sollen die S-  
25 Bahnhöfe Marzahn und Kaulsdorf die notwendigen barrierefreien Neubauten der  
26 südlichen Fußgängerbrücken erhalten. Die Modernisierung des Bahnhofs  
27 Springpfuhl muss durch die Deutsche Bahn und das Land Berlin vorgezogen werden;  
28 bis dahin ist zumindest ein temporärer Wetterschutz auf dem Bahnhof  
29 sicherzustellen. Zudem setzt sich Die Linke für eine Verlängerung der S-Bahn über  
30 Ahrensfelde hinaus bis nach Werneuchen ein.

### 31 **Maßnahmen auf der U5**

32

33 Mit der Zulieferung neuer U-Bahn-Wagen und der Teilautomatisierung der U5 muss  
34 der Takt auf der U5 weiter verdichtet werden. Die Attraktivität und der Zugang zur U5  
35 müssen durch vollständige Barrierefreiheit verbessert werden. Dazu fehlt  
36 insbesondere ein Blindenleitsystem und die Rampen sind für viele Menschen mit  
37 Behinderung wegen der 10-Prozent-Neigung ungeeignet.  
38 Die Nachrüstung von Fahrstühlen sollte prioritär von der BVG verfolgt werden.

39 Um die Sicherheit an den Bahnhöfen zu erhöhen, schlagen wir vor, dass die BVG  
40 Hellersdorf und Kaulsdorf-Nord als Schwerpunktbahnhöfe in ihre  
41 Sicherheitskonzepte aufnimmt.

1 Um die Aufenthaltsqualität zu verbessern, befürworten wir die Aufwertung von  
2 Bahnhöfen wie am Cottbuser Platz. Dort könnten Räume der BVG als Kiosk  
3 ausgebaut werden.

#### 4 **Straßenbahnen und Bus**

5  
6 Die Linke setzt sich für Taktverdichtungen auf den Straßenbahnlinien M6, 18, 62 und  
7 63 ein. Zudem unterstützen wir die Verlängerung der Tramlinie 63 in Richtung  
8 Mahlsdorf sowie die Umsetzung einer Verkehrslösung für den Ortskern Mahlsdorf,  
9 damit die Straßenbahn dort stabil im 10-Minuten-Takt fahren kann und perspektivisch  
10 der Lückenschluss zwischen Mahlsdorf und Hellersdorf möglich wird. Ebenso sollen  
11 die Takte auf den Buslinien 195, 197, X54 und X69 verdichtet werden. Darüber  
12 hinaus wird die Verlängerung der Buslinie 194 bis zum S-Bahnhof Marzahn sowie  
13 eine verbesserte Linienführung der Buslinie 399 mit Anschluss an die Straßenbahn  
14 angestrebt. Um die Situation für Pendler\*innen an den Bahnhöfen Ahrensfelde und  
15 Hönow zu verbessern, sollen außerdem die Taktangebote der dort verkehrenden  
16 Buslinien angepasst und die Expressbuslinie zwischen Altlandsberg und dem U-  
17 Bahnhof Hönow bis zum S-Bahnhof Mahlsdorf verlängert werden.

18  
19 Die Linke setzt sich dafür ein, dass der Bus X69 in einem 10 Minutentakt verkehrt, da  
20 er die einzige Direktverbindung vom Elsterwerdaer Platz über den Blumberger Damm  
21 zum Unfallkrankenhaus Berlin (ukb) sowie umgekehrt aus Marzahn-Nord zu diesem  
22 ist. Zudem soll dieser künftig auch auf der Höhe der "ARONA-Klinik" halten, um eine  
23 seniorengerechte Politik der kurzen Wege zu ermöglichen. Wir unterstützen das  
24 Anliegen eine Bushaltestelle auf der Höhe der Augenklinik Marzahn einzurichten.

#### 25 26 **Regionalbahn**

27  
28 Bei der Regionalbahn setzen wir uns für den zweigleisigen Ausbau der Strecke nach  
29 Wriezen/Werneuchen ein, damit der Regionalbahnverkehr öfter als im 30-Minuten-  
30 Takt fahren kann. Wir tragen den Systementscheid des Senats zugunsten der  
31 Schienen-TVO als Regionalbahnvariante mit, damit keine weiteren Verzögerungen  
32 entstehen. Um die Schienen-TVO schneller planen und bauen zu können, sollte sie  
33 in i2030, das gemeinsame Schienenausbauprogramm von Berlin und Brandenburg  
34 mit der Deutschen Bahn aufgenommen werden.

#### 35 **Radverkehr mit Vorrang entwickeln**

36 Beim Radverkehr hat der Bezirk enormen Aufholbedarf. Die Linke setzt sich dafür  
37 ein, dass im Bezirk eine intelligente Netzplanung im Rahmen des Berliner  
38 Radverkehrsplans mit Priorität verfolgt wird. An geeigneten Straßen bzw.  
39 Straßenabschnitten sollen Fahrradstraßen eingerichtet werden, um für mehr  
40 Verkehrssicherheit zu sorgen.

41 Wir setzen uns dafür ein, dass die Planungen für die Radschnellverbindung 9 (Ost-  
42 Route) nahe der Landsberger Allee fortgeführt und realisiert werden, damit eine  
43 direkte Verbindung zur Stadtgrenze ohne Umwege durch das Siedlungsgebiet  
44 entstehen kann. Wir unterstützen die Planungen für eine Radbahn entlang der U5.

1 Diese sollte durch das Land Berlin und der infraVelo GmbH verfolgt werden. Vorrang  
2 sollte die Sanierung der Schotterpiste am Biesdorfer Friedhof haben.

3 Speziell auf der Allee der Kosmonauten muss es gelingen, die Teilstücke vom S-  
4 Bahnhof Springpfuhl bis über die Landsberger Allee hinaus auf der Raoul-  
5 Wallenberg-Straße als Anschluss an den bereits vorhandenen Radweg TR7 zügig zu  
6 bauen. So kann ein Zentralradweg für Marzahn von der südlichen Spitze der  
7 Marzahner Großsiedlung bis nach Marzahn-Nord entstehen.

8 **Die Linke** tritt dafür ein, die Märkische Allee als eine der ersten Magistralen  
9 fahrradfreundlich umzugestalten, indem aus Parkspuren für LKW sichere, vom  
10 Autoverkehr getrennte, Radwegewerden.

11 Fahrradabstellanlagen sollen weiterhin bedarfsgerecht ausbauen, an Haltestellen  
12 und Bahnhöfen sowie in der Nähe sozialer Einrichtungen. An Bahnhöfen mit dem  
13 höchsten Bedarf sollten neue gesicherte Fahrradstellplätze geschaffen werden,  
14 vorrangig zunächst am Bahnhof Wuhletal. Auf dem Elsterwerdaer Platz und am S-  
15 Bahnhof Mahlsdorf wollen wir moderne Fahrradparkhäuser errichten.

#### 16 **Fußwege sicherer machen**

17 Gehwege in den Siedlungsgebieten fehlen bis auf einige Ausnahmen komplett. Die  
18 Gehwege in den Neubaugebieten sind inzwischen 30 bis 40 Jahre alt und in  
19 Größenordnungen reparaturbedürftig. **Die Linke** fordert eine Kartierung des  
20 Ausbauszustandes der Geh- und Radwege und die Einrichtung von besonderen  
21 Sanierungsgebieten zur Förderung der Barrierefreiheit.

22 **Wir** setzen sich dafür ein, dass in Marzahn-Süd dem ältesten Neubaugebiet in der  
23 Großsiedlung die Sanierung von Gehwegen und die Herstellung von Barrierefreiheit  
24 im Rahmen eines Pilotprojektes vorrangig realisiert werden.

25 Prioritär sollten im Siedlungsgebiet neue Gehwege zu den Haltestellen des ÖPNV  
26 realisiert werden. Das vom Bezirk geplante Modellprojekt für die ausschließliche  
27 Errichtung von neuen Gehwegen in Biesenhorst müssen auch auf andere Stadtteile  
28 ausweiteten werden, wo die Einrichtung von neuen Gehwegen dringend notwendig ist.

#### 29 **Nachhaltiger Straßen- und Brückenbau für einen Verkehr mit Zukunft**

30 Die Linke setzt sich für den Straßenbau im Bahnhofsbereich Mahlsdorf sowie entlang  
31 des neuen Hultschiner Damms beziehungsweise der Straße an der Schule ein und  
32 fordert in diesem Zusammenhang zugleich die Schaffung sicherer Rad- und  
33 Fußwege. Zudem soll die sich im Planfeststellungsverfahren befindliche Straßen-  
34 TVO mit einem begleitenden Radweg umgesetzt werden. Darüber hinaus muss der  
35 Neubau der Landsberger Allee zwischen der Allee der Kosmonauten und dem  
36 Kiebitzgrund mit lärminderndem Asphalt geplant und realisiert werden.

37 Die Linke unterstützt das Vorhaben, das Nadelöhr an der Landsberger Chaussee  
38 durch den Ausbau der L33 zwischen Hönow und dem Kaufpark Eiche zu beseitigen  
39 und die Straße hierfür auf zwei Spuren je Fahrtrichtung zu erweitern, wobei die

1 Eingriffe in die Hönower Weiherkette so gering wie möglich gehalten werden  
2 müssen. Zugleich unterstützen wir die Forderung der Bürgerinitiativen aus Marzahn  
3 Nord-West nach einem sofortigen Abbruch des laufenden  
4 Planfeststellungsverfahrens zur Ortsumfahrung Ahrensfelde und einem Neustart des  
5 Raumordnungsverfahrens mit erweitertem Untersuchungsraum unter Einbeziehung  
6 des Ortsteils Falkenberg. Zudem soll ein Planungsbeirat unter Beteiligung der  
7 Bewohner\*innen von Marzahn und Ahrensfelde verbindlich in die  
8 Entscheidungsfindung einbezogen werden.

### 9 **Brückenchaos verhindern!**

10 49 Brücken müssen in den nächsten Jahren in Marzahn-Hellersdorf abgerissen und  
11 neu gebaut werden. Wir erwarten vom Senat und vom Bezirksamt, dass die  
12 Ersatzneubauten in den nächsten Jahren so eingetaktet werden, dass der Verkehr im  
13 Bezirk noch aufrechterhalten werden kann.

14 Die abgerissene Entenbrücke am Stadion Wuhletal muss für die Fußgängerinnen  
15 und Fußgänger im Wuhletal beschleunigt errichtet werden

### 16 **Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung**

17 Die Linke setzt sich dafür ein, dass die unsichersten Kreuzungen im Bezirk endlich  
18 verkehrssicher gemacht werden. Dazu zählt die Zossener Straße/Alte Hellersdorfer  
19 Straße. Initiativen von Schulen und Eltern für mehr Schulwegsicherheit unterstützen  
20 wir ausdrücklich. Wir setzen uns für die schnelle Umsetzung des Tempo30 nachts-  
21 Konzepts für unseren Bezirk ein. Prioritär werden wir Tempo 30-Lückenschlüsse  
22 vornehmen und vor Kitas, Schulen, Spielplätzen und sozialen Einrichtungen, wo es  
23 noch fehlt, Tempo 30 anordnen.

### 24 **Sharing-Mobilität und Zukunft des Parkens**

25 Die Linke setzt sich dafür ein, dass alle Formen der Sharing-Mobilität – Carsharing,  
26 Bikesharing, E-Scooter – auch in Marzahn-Hellersdorf ermöglicht werden, um die  
27 „letzte Meile“ vom Bahnhof oder der Haltestelle nach Hause bewältigen zu können.  
28 Damit die Fahrzeuge nicht behindernd abgestellt werden, sollten sie an  
29 anbieterneutralen Stationen abgestellt werden. Wir begrüßen den Ausbau weiterer  
30 Jelbi-Stationen im Bezirk, damit an festen Punkten Sharing-Fahrzeuge zur Leihe  
31 angeboten werden können.

32 Die Linke setzt sich dafür ein, dass es der Bezirk gemeinsam mit privaten  
33 Eigentümern von Parkplätzen ermöglicht, auf Super- und Möbelmärkten außerhalb  
34 der Betriebszeiten gegen eine Gebühr Autos parken zu können, um die angespannte  
35 Parkplatzsituation in vielen Kiezen zu entlasten.

### 36 **Mit der Seilbahn hoch hinaus**

37 Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Seilbahn am Kienberg tariflich in den VBB  
38 integriert wird und künftig auch als öffentliches Verkehrsmittel genutzt werden kann.

## 1 **Integration und Migration**

2 Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft mit gleichen Chancen für alle –  
3 unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status. **Die Linke** ist solidarisch  
4 mit Menschen, die zu uns geflüchtet sind oder als Menschen mit  
5 Migrationshintergrund mit uns zusammenleben. Es ist notwendig, den Zugang zu  
6 Sprachkursen, sozialer Unterstützung und Arbeitsmarktintegration für Migrant\*innen  
7 weiter zu verbessern. Dabei muss das Land Berlin auch den Ausbau und die  
8 Förderung von Migrant\*innenorganisationen im Bezirk unterstützen.

9 Soziale Infrastruktur, Nachbarschaftsarbeit und Beratungsstellen wie die  
10 Migrationssozialberatung und Rechtsberatung für Geflüchtete sollen langfristig  
11 finanziert und gestärkt werden. Wir unterstützen freiwilliges Engagement und  
12 kämpfen deshalb auch für eine finanzielle Absicherung der Arbeit der bezirklichen  
13 Freiwilligenagentur.

14 Die wichtige Arbeit der Migrationssozialdienste und der  
15 Migrant\*innenselbstorganisationen soll fortgesetzt und weiterhin finanziell unterstützt  
16 werden. Der Zugriff auf ehrenamtliche Sprachmittler\*innen soll durch eine bezirkliche  
17 Schnittstelle ausgebaut werden. Die Verlagerung der Integrationsfonds auf  
18 Senatsebene hat sich als zu bürokratisch erwiesen. **Die Linke** fordert deshalb die  
19 Rückübertragung des Integrationsfonds an die Bezirke, da diese die lokale  
20 Trägerlandschaft besser kennen. Unnötige Neuausschreibungen sind zu vermeiden,  
21 da dadurch immer wieder die wertvolle Beziehungs- und Vertrauensarbeit zerstört  
22 wird.

## 23 **Gleichberechtigtes Wohnen für alle**

24  
25 Wohnen ist ein Grundrecht. **Die Linke** wendet sich gegen die Unterbringung  
26 Geflüchteter in isolierten Heimen. Stattdessen fordern wir den gleichberechtigten  
27 Zugang zum regulären Wohnungsmarkt und die Vermeidung von Diskriminierung.  
28 Unser Ziel ist die interkulturelle Durchmischung in den Kiezen und Häusern.

## 29 **Interkulturelle Vielfalt fördern**

30  
31 Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am kulturellen Leben, unabhängig von  
32 Geschlecht, Herkunft, Wohnort, gesundheitlichen Behinderungen oder sozialem  
33 Status am kulturellen Leben teilhaben können, ist zentral.

34 Barrieren abbauen heißt auch: Vielfalt fördern. Dazu will **Die Linke** interkulturelle  
35 Projekte, Nachbarschaftsprogramme und kulturelle Bildung ausbauen. Auch  
36 Veranstaltungen wie die „Interkulturelle Woche“ und „Schöner leben ohne Nazis“  
37 leisten dabei einen wichtigen Beitrag für Vielfalt und Toleranz.

## 38 **Gleichberechtigter Zugang zu Bildung**

1  
2 Sprache und Bildung sind Schlüssel zur Integration. **Die Linke** fordert mehr  
3 kostenfreie Sprach- und Integrationskurse für Zugewanderte. Die Verfahren zur  
4 Anerkennung mitgebrachter Schul-, Berufs und Studienabschlüsse müssen  
5 entbürokratisiert und die erforderlichen Gebühren gesenkt werden. Modulare  
6 Bildungsangebote an Volkshochschulen und in berufsbildenden Betrieben sowie in  
7 außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen sollen ausgebaut werden.  
8 Bildungseinrichtungen wie Kita, Schule und Ausbildungsstelle sollen interkulturell  
9 geöffnet und diverser werden.

10 **Die Linke** fordert eine zügige Vergabe von Kita- und Schulplätzen. Dafür braucht es  
11 ausreichende wohnortnahe Kita- und Schulplätze und schnellere  
12 Schuleingangsuntersuchungen. An Schulen braucht es interdisziplinäres  
13 Fachpersonal, darunter Lehrkräfte, Sozialarbeiter\*innen, Lerntherapeut\*innen und  
14 Psycholog\*innen. Für das Fachpersonal in allen Bildungseinrichtungen fordern wir  
15 Weiterbildungen im interkulturellen Kontext. Wenn eine stärkere Zuwanderung es  
16 erforderlich macht, sollen auch neue Klassen gebildet werden. Dabei sollten jedoch  
17 keine reinen "Flüchtlingskinderklassen" gebildet werden, denn die kulturelle  
18 Durchmischung der Klassen ist eine Chance für ein wertschätzendes Miteinander.

### 19 **Öffnung des Bezirksamtes für kulturelle Vielfalt**

20 Wir streben eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung an. Das Bezirksamt soll  
21 Informationen, sowohl in analoger als auch in digitaler Form, mehrsprachig und  
22 barrierefrei anbieten. Die AG Mehrsprachigkeit im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf  
23 soll wiederbelebt werden unter Beteiligung der Integrationsbeauftragten, der Alice-  
24 Salomon-Hochschule, der Integrationslotsen, des Bürgeramtes, aller Ämter des  
25 Bezirkes, der Fachreferenten und der Migrant\_innenselbstorganisationen. Weiterhin  
26 regen wir einen jährlichen Fachtag für Zugewanderte im Öffentlichen Dienst an. Dies  
27 würde auch gegen den Fachkräftemangel in den Bezirksämtern helfen. Der  
28 bezirkliche Integrationsbeauftragte soll gestärkt und das Partizipationsbüro weiter  
29 unterstützt werden.

30

### 31 **Inklusion leben und UN-Behindertenrechtskonvention einhalten**

32 Die Linke setzt sich für einen umfassenden Ausbau der Barrierefreiheit im Bezirk ein.  
33 Dazu gehören verpflichtend barrierefrei gestaltete Gehwege und Verkehrsmittel,  
34 barrierefreie und behindertengerechte Zugänge zu allen öffentlich genutzten  
35 Gebäuden – insbesondere zu Einrichtungen mit medizinischer Versorgung und  
36 Gesundheitsberatung – sowie verständliche Wegeleitsysteme und Kennzeichnungen.  
37 Ergänzend soll ein digitales Barrierefreiheitskataster für den Bezirk eingeführt  
38 werden. Öffentliche Dienstgebäude, Behinderten-WCs sowie Bahnhöfe und  
39 Haltestellen von S-Bahn, Straßenbahn und Bussen sollen ebenso wie wichtige  
40 Orientierungssysteme im öffentlichen Raum zusätzlich mit Brailleschrift und  
41 geeigneten Leitsystemen für sehbehinderte Menschen ausgestattet werden.

1 Darüber hinaus setzen wir uns für eine inklusive Bildung mit multiprofessionellen  
2 Teams an Schulen ein, um Kinder mit Behinderungen besser zu unterstützen und  
3 zugleich Angebote für hochbegabte Kinder sowie für Kinder mit besonderem  
4 Förderbedarf auszubauen. Gelebte Inklusion und Interkulturalität sollen insbesondere  
5 bei Übergängen von der Kita in die Schule sowie später von der Schule in  
6 Ausbildung und Beruf gestärkt werden, unter anderem durch interdisziplinäre Teams  
7 aus Pädagoginnen, Sozialarbeiterinnen, Lerntherapeutinnen und Psychologinnen.  
8 Zusätzlich sollen Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote für Lehrkräfte und  
9 Horterzieherinnen zur Elternarbeit im interkulturellen Kontext ausgebaut sowie der  
10 Zugang zu ehrenamtlichen Sprachmittlerinnen über eine bezirkliche  
11 Koordinierungsstelle verbessert werden.

12 Zugleich wollen wir die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen  
13 stärken, indem Projekte gefördert werden, die ein selbstbestimmtes Leben  
14 ermöglichen, etwa durch Assistenzdienste und barrierefreie Freizeitangebote. In  
15 Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sollen faire Bezahlung mindestens auf  
16 Mindestlohniveau, gute Arbeitsbedingungen und betriebliche Mitbestimmung zum  
17 Standard werden, um die dort geleistete Arbeit angemessen anzuerkennen.  
18 Zusätzlich sollen Begegnungsstätten und Angebote für Senior\*innen ausgebaut  
19 werden, um Vereinsamung entgegenzuwirken, und Programme zur Förderung  
20 digitaler Kompetenzen älterer Menschen gestärkt werden. Ergänzend setzen wir uns  
21 für die kostenfreie Nutzung öffentlicher Toiletten sowie für kostenfreie Wasserspender  
22 in allen öffentlichen Einrichtungen ein.

23

## 24 **Solidarische Gesundheitspolitik praktizieren**

25 Die Linke setzt sich dafür ein, dass Gesundheit und Pflege nicht der Profitlogik  
26 geopfert werden. Deshalb kämpfen wir für ein sozial gerechtes und solidarisches  
27 Gesundheits- und Pflegesystem. Wir fordern die Verbesserung des Zugangs zur  
28 Gesundheitsversorgung, den Ausbau von Gesundheitsdiensten in Randgebieten und  
29 die Förderung mobiler Gesundheitsdienste, um Senior\*innen und Menschen mit  
30 Behinderungen einen besseren Zugang zu medizinischer Versorgung zu  
31 ermöglichen.

32 Der Ausbau von Haus- und Facharztpraxen muss forciert werden. Hausbesuche sollten mit  
33 finanziellen Anreizen für Ärzte gefördert werden, um Hausbesuche bei älteren  
34 Patienten anzubieten und so die Barrieren für den Zugang zur medizinischen  
35 Versorgung abzubauen.

36

37 Die Praxisbörse für Mediziner soll transparent darstellen, welche konkreten  
38 Ergebnisse bei der erfolgreichen Vermittlung zwischen Ärzt\*innen mit Praxisbedarf  
39 und verfügbaren Mietangeboten erzielt wurden. Wir fordern die Etablierung mobiler  
40 Arztpraxen, d.h., mobiler medizinischer Versorgungsdienste, die Senioren in ihren  
41 Wohngebieten aufsuchen, um regelmäßige Gesundheitschecks und Beratungen  
42 anzubieten.

1 Die Linke setzt sich dafür ein, dass neben modernen digitalen  
2 Terminvergabeverfahren in Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen auch  
3 weiterhin telefonische und persönliche Terminvergaben möglich sind. Hierbei geht es  
4 um einen barrierefreien Zugang für Senioren und Menschen mit Behinderungen.  
5

## 6 **Gesundheitsstandort Marzahn-Hellersdorf weiterentwickeln**

7 Die Linke steht für die weitere Ausgestaltung des Gesundheitsstandortes Marzahn-  
8 Hellersdorf, für die kontinuierliche Weiterentwicklung der Mitgliedschaft im Gesunde-  
9 Städte-Netzwerk sowie für eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in  
10 enger Kooperation mit niedergelassenen Ärzt\*innen, Kliniken und weiteren  
11 Gesundheitseinrichtungen.

12 In diesem Sinne fordern wir die Gewährleistung der psychosozialen Versorgung und  
13 weiterer Beratungsangebote sowie die weitere Ansiedlung von Haus- und  
14 Fachärzt\*innen und die Einrichtung von „digitalen Sprechstunden“. Das  
15 Gesundheitsamt muss personell gestärkt werden.

16 Die Linke setzt sich für die Stärkung des Zentrums für sexuelle Gesundheit und  
17 Familienplanung sowie für die Fortführung des Projekts der „Babylotsen“ ein und  
18 unterstützt zugleich den Erhalt und den Ausbau der Mobilitätsdienste. Ebenso sollen  
19 das Netzwerk „Rund um die Geburt“ und der Interessenverbund „Gesundheit im  
20 Alter“ weiterentwickelt werden. Darüber hinaus treten wir für eine Stärkung der  
21 Apotheken und eine verbesserte Arzneimittelversorgung ein, da öffentliche  
22 Apotheken ein unverzichtbarer Bestandteil des Gesundheitssystems sind. Ebenso  
23 unterstützen wir den Erhalt der STEMOS am Unfallkrankenhaus Berlin zur  
24 strukturierten Versorgung von Schlaganfallpatient\*innen sowie den vollständigen  
25 Erhalt des Krankenhauses Kaulsdorf. Zudem setzen wir uns dafür ein, das seit  
26 Jahren leerstehende ehemalige „Haus der Gesundheit“ am Kienberg mithilfe des  
27 Sondervermögens des Bundes zu sanieren und als Gesundheitsstandort für die  
28 Bevölkerung wieder nutzbar zu machen.

29 Wir unterstützen die Pläne, auf dem Areal des ehemaligen Wernerbads eine  
30 stationäre Pflegeeinrichtung zu errichten. Hierbei wollen wir sicherstellen, den Park  
31 um den Wernersee als öffentliche Grünanlage für alle zugänglich zu machen.

32 Die Planungen für ein Oberstufenzentrum Pflege- und Sozialberufe in Biesdorf  
33 unterstützen wir. Wir setzen uns für die dringliche Erstellung eines  
34 Bedarfsprogramms ein, damit die Planungen vorangebracht werden können.

## 35 **Selbstbestimmt im Alter**

36 Die Linke setzt sich für eine seniorenfreundliche Infrastruktur ein: barrierefreie  
37 öffentliche Räume, inklusive Sitzgelegenheiten und eine bessere Anbindung an den  
38 öffentlichen Nahverkehr sind notwendig, um Senior\*innen ein selbstbestimmtes  
39 Leben zu ermöglichen. Wir fördern die soziale und digitale Teilhabe von Seniorinnen  
40 und Senioren. Wir fordern kostenfreie digitale Schulungen für Senior\*innen in den  
41 Stadtteilzentren und Seniorenheimen, um digitale Barrieren abzubauen und die  
42 Teilhabe am digitalen Leben zu fördern.

1  
2 Die Förderung und Anerkennung ehrenamtlicher Initiativen sollen verstärkt werden,  
3 insbesondere durch eine bessere Vernetzung von Ehrenamtlichen, etwa durch  
4 Programme, die Seniorinnen und Senioren als Mentor\*innen oder freiwillig  
5 Engagierte in soziale Projekte einbinden und ihre Erfahrungen nutzbar machen.  
6 Darüber hinaus sollen generationenübergreifende Projekte gestärkt werden, die den  
7 Austausch zwischen älteren und jüngeren Menschen fördern, beispielsweise durch  
8 gemeinsame Workshops, Veranstaltungen oder Nachhilfeangebote.

## 9 10 **Bildung im Alter fördern**

11  
12 Die Volkshochschule des Bezirkes soll altersgerechte Angebote schaffen und  
13 ausweisen, sie muss zu einem Lernort werden, der auch auf die Bedürfnisse älterer  
14 Menschen ausgerichtet ist. Insbesondere im neu geplanten Bildungshaus im Gut  
15 Hellersdorf sollen entsprechend Kurse in digitalen Medien, Kreativtechniken und  
16 lebenspraktischen Fähigkeiten angeboten werden. Diese Angebote sollen in den  
17 entsprechenden Netzwerken und Publikationen für die Gruppe „60 +“ beworben  
18 werden und auch kostengünstig sein. Insbesondere die Expertise der Alice-Salomon-  
19 Hochschule (ASH) in unmittelbarer Nähe ist einzubinden, ein gemeinsames Projekt  
20 für Bildung im Alter kann hier wichtige Erfahrungen für die Auszubildenden schaffen

## 21 22 **Gesundheitliche Aufklärung und Prävention**

23  
24 Wir fordern ein Gesundheitsbildungsprogrammen für Senior\*innen sowie  
25 regelmäßige Informationsveranstaltungen zu Themen wie Ernährung, Bewegung und  
26 Selbstfürsorge, um die gesundheitliche Selbstständigkeit im Alter zu stärken.  
27 Ergänzend soll die Zusammenarbeit mit Sportvereinen ausgebaut werden, um  
28 gezielte Bewegungs- und Sportangebote für ältere Menschen zu fördern und damit  
29 Fitness, Gesundheit und Lebensqualität nachhaltig zu unterstützen.

## 30 31 **Verbesserung der Wohnsituation**

32  
33 Der Anteil von bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum muss deutlich steigen, es  
34 muss eine Übersicht geben zu Bauprojekten, die seniorengerechte Wohnungen  
35 anbieten und die Mobilität der älteren Bevölkerung im Bezirk steigern, hierzu ist die  
36 Stadtentwicklung jedes Jahr in der Berichtspflicht gegenüber der Seniorenvertretung  
37 Bei der Genehmigung von Seniorenwohnanlagen durch die Stadtentwicklung ist  
38 vorab zu prüfen, ob die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel gegeben ist, um  
39 Mobilität und Erreichbarkeit zu erhöhen.

40  
41 Die Infrastruktur im Bezirk soll stärker seniorengerecht gestaltet werden,  
42 insbesondere durch den Ausbau barrierefreier Gehwege, abgesenkter  
43 Bordsteinkanten, zusätzlicher Sitzgelegenheiten und geeigneter Wohnangebote für  
44 ältere Menschen. In den vergangenen Jahren haben in allen Stadtteilen Begehungen  
45 und Befahrungen mit Rollstühlen und Rollatoren stattgefunden, doch die daraus  
46 abgeleiteten Maßnahmen wurden bislang oft nicht umgesetzt oder nicht  
47 nachvollziehbar dokumentiert. Deshalb braucht es einen jährlich fortgeschriebenen  
48 Plan, der die vorgesehenen Maßnahmen für das jeweilige Folgejahr verbindlich  
49 festlegt und ihre Umsetzung transparent dokumentiert.

50

1 Bei Maßnahmen, die Gestaltung und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs betreffen,  
2 sind die besonderen Belange von älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen  
3 verstärkt zu berücksichtigen. Wir wollen ein „Seniorenshuttle“ für Arztbesuche,  
4 Einkäufe und kulturelle Veranstaltungen einführen.

### 5 **Stärkung und Unterstützung der bestehenden Seniorenvertretung**

6  
7 Das Seniorenmitbestimmungsgesetz des Landes muss endlich novelliert werden. Im  
8 Land wie im Bezirk setzen wir uns für eine einheitliche Mittelbereitstellung für die  
9 Seniorenvertretung ein, die eine Jahresplanung ermöglicht. Der Bezirk soll weiterhin  
10 kostenfrei barrierefreie Räume unterstützen oder selbst bereitstellen für Tagungen  
11 und Veranstaltungen der Seniorenvertretung. Diese Räume sollten für die  
12 Öffentlichkeit zugänglich sein, um den Austausch zu fördern.  
13

### 14 **Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit**

15 Die Linke kämpft für eine solidarische Gesellschaft, in der jedem Menschen  
16 unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Herkunft, seinem Lebensalter, seiner  
17 seelischen und körperlichen Verfasstheit, seiner Weltanschauung, seiner Religion  
18 oder seiner sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität das Recht auf  
19 soziale Sicherheit, der Schutz vor sozialem Elend, das Recht auf Wohnen und  
20 Chancengleichheit gewährt wird. Wir stärken LSBTIQ-Rechte und fördern gezielt  
21 Anti-Diskriminierungsprojekte und queere Initiativen.

22 Die Linke fordert, Frauen- und Mädchenprojekte im gesamten Bezirk vor Kürzungen  
23 zu schützen und weiter auszubauen sowie zusätzliche Plätze in Zufluchtswohnungen  
24 für Frauen aus Marzahn-Hellersdorf zu schaffen und im Bezirk ein eigenes  
25 Frauenhaus einzurichten. Gleichzeitig soll die Interventions- und Fachberatungsstelle  
26 für Opfer häuslicher Gewalt gestärkt und Angebote für minderjährige Eltern und  
27 Alleinerziehende ausgebaut werden. Darüber hinaus müssen Angebote für Eltern  
28 stärker an die Bedürfnisse Berufstätiger angepasst, Mütter entlastet und Väter gezielt  
29 in die Übernahme von Verantwortung einbezogen werden. Im Sportbereich sollen  
30 maskulin geprägte Strukturen im Breitensport aufgebrochen und Angebote stärker an  
31 den Bedürfnissen von FLINTA-Personen ausgerichtet sowie Projekte zur Förderung  
32 des Frauen- und Mädchensports gezielt unterstützt werden. Zudem gilt es, den  
33 bezirklichen Plan gegen Homo-, Bi-, Trans-, Inter- und Queerfeindlichkeit konsequent  
34 umzusetzen und weiterzuentwickeln sowie queere Infrastruktur zu schützen und  
35 auszubauen. Auch das Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung in  
36 Marzahn-Hellersdorf soll gestärkt, seine Angebote erweitert und stärker bekannt  
37 gemacht werden. Ergänzend fordert Die Linke eine bezirkliche Wirtschaftsförderung  
38 mit Schwerpunkt auf Frauen und nichtbinären Personen, indem Ressourcen  
39 bereitgestellt werden, um die selbstständige Existenzsicherung von FLINTA-  
40 Personen zu unterstützen, etwa durch Netzwerke für berufstätige FLINTA und  
41 Unternehmerinnen, Gründungsberatungen und Unterstützung bei der Vermittlung  
42 von Gewerberäumen. Alle Angebote sollen dabei kultursensibel und barrierearm  
43 gestaltet sein.

## 1 **Umwelt - Bewahrung der Grünen Lunge**

2

3 Unser Bezirk gehört zu den Bezirken mit den meisten Grünflächen in Berlin.  
4 Grünflächen wie das Wuhletal, die Gärten der Welt, die vielen Kleingartenanlagen  
5 und die Siedlungsgebiete in Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf sind Teil der Grünen  
6 Lunge Berlins. Sie sind als Erholungsgebiete, Naturerlebnisräume, Frischluftschneise  
7 und Biotope zu pflegen und zu erhalten.

8

9 Unsere Ziele sind die Unterschutzstellung des Wuhletals als  
10 Landschaftsschutzgebiet sowie die Ausweisung besonders wertvoller Bereiche als  
11 Naturschutzgebiete. Dabei sollen Renaturierungsmaßnahmen umgesetzt werden, um  
12 ausgetrocknete Flächen wieder zu vernässen und den Wuhleteich dauerhaft zu  
13 erhalten. Gleichzeitig müssen alle Möglichkeiten zur dezentralen  
14 Regenwasserbewirtschaftung erschlossen und schrittweise umgesetzt werden,  
15 insbesondere in den Bereichen der Hönower Weiherkette und der Gewässer im  
16 Fließsystem der Wuhle. Im gesamten Bezirk sollen zudem wirksame  
17 Vogelschutzmaßnahmen umgesetzt und der Neubau einer Wildvogelstation als  
18 Ersatz für das marode Forsthaus bis spätestens 2027 realisiert werden. Der Erhalt  
19 und die Neupflanzung von Gehölzen als Lebensraum für Singvögel haben dabei  
20 Priorität, ebenso wie der Schutz von Niststätten bei Bauvorhaben. Darüber hinaus  
21 müssen Kleingartenanlagen langfristig gesichert und zusätzliche öffentliche  
22 Gemeinschaftsgärten für Menschen ohne eigenen Garten geschaffen werden.  
23 Ebenso ist die Sicherung und Pflege von Kleingewässern als Lebensräume für  
24 Amphibien und Insekten zu gewährleisten. Ergänzend sollen Stadtnatur-Ranger  
25 dauerhaft finanziert werden, um Pflege, Schutz und Vermittlung der Stadtnatur zu  
26 stärken.

27

## 28 **Erhalt der Grünflächen in den Großsiedlungen**

29 Aber auch die Wohngebiete in den Großsiedlungen sind mit vielen Grünflächen und  
30 Parks geplant und erbaut worden. Bei kommenden Nachverdichtungen wird sich Die  
31 Linke dafür einsetzen, Frei- und Grünflächen sowie die grünen Innenhöfe im Bezirk  
32 zu erhalten. Zudem soll die Umwandlung ausgewiesener Grünflächen in Bauland  
33 ausschließlich dann erfolgen, wenn dies zur Sicherung der sozialen und kulturellen  
34 Infrastruktur, beispielsweise für den Bau von Schulen, unbedingt erforderlich ist.

35

## 36 **Parks pflegen und Stadtbäume anpflanzen**

37

38 Alle Parkanlagen müssen sauber und gepflegt sein, damit sich die Besucher\*innen  
39 wohlfühlen können. Dafür muss das Bezirksamt sorgen und natürlich auch alle  
40 Menschen, die sie nutzen. Die Linke setzt sich auch deshalb weiter für die Sanierung  
41 des Springfuhl-Parks ein. In Berlin sollen bis 2040 500.000 neue Bäume gepflanzt  
42 werden, anteilig in Marzahn-Hellersdorf also bis zu 40.000. Die dafür notwendigen  
43 Standorte müssen zügig bestimmt werden, wobei im Rahmen des Hitzeschutzes  
44 insbesondere versiegelte Flächen aufgebrochen werden müssen. Abgestorbene  
45 Bäume sollen durch hitzeresiliente Arten ersetzt werden. Zusätzlich müssen das  
46 Straßenbegleitgrün gepflegt und erweitert sowie weitere Blühstreifen für den Erhalt  
47 der Artenvielfalt der Insekten angelegt werden.

48

## 49 **Klimaschutz bei Gebäuden**

1 Die öffentliche Hand hat eine Vorbildwirkung. Durch ein Energiekonzept sind alle  
2 öffentlichen Bauten soweit wie möglich auf Niedrigstenergiestandard zu sanieren.  
3 Neubauten öffentlicher Gebäude (einschließlich Schulen und Kitas) müssen generell  
4 mit Solarenergie sowie Fassaden- und/oder Dachbegrünung ausgestattet sein.

### 5 **Ernährung, Umgang mit Lebensmitteln**

6 Die Linke unterstützt weiterhin Initiativen, die sich für eine umweltverträgliche und  
7 sozial gerechte Ernährung sowie einen nachhaltigen Konsum einsetzen,  
8 beispielsweise durch die Verwendung regionaler und ökologischer Produkte in der  
9 Kita- und Schulverpflegung oder durch Projekte zur Rettung von Lebensmitteln.  
10 Ebenso fördern wir Netzwerke, die Verbraucher\*innen direkt mit lokalen Erzeugern  
11 verbinden, um frische, saisonale und nachhaltig produzierte Lebensmittel mit kurzen  
12 Transportwegen anzubieten. Darüber hinaus unterstützen wir das Projekt „Essbare  
13 Stadt“, bei dem auf öffentlich zugänglichen Flächen Obst und Gemüse kostenlos von  
14 allen geerntet werden kann.

### 15 **Wirtschaft zukunftsfähig entwickeln**

16 Wirtschaft, Handel und Handwerk gehören zu unserem Bezirk. Sie schaffen  
17 Arbeitsplätze, beleben die Zentren der Stadtteile und sind essenziell für eine  
18 nachhaltige Entwicklung. Unsere linke Wirtschaftspolitik zielt darauf ab, ein  
19 selbstbestimmtes Leben und hohe Lebensqualität für alle Menschen im Rahmen  
20 ökologischer Grenzen zu ermöglichen. Dabei setzen wir auf soziale Gerechtigkeit,  
21 ökologische Nachhaltigkeit und regionale Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen den  
22 Bezirk zu einem lebendigen, nachhaltigen und sozial gerechten Ort gestalten, an  
23 dem Wirtschaft und Umwelt im Einklang stehen und alle Menschen von den Vorteilen  
24 profitieren.

25 Die Linke setzt sich für bezahlbare Gewerberäume für kleine und mittlere  
26 Unternehmen ein und fordert bundesweit einen Mietendeckel für  
27 Gewerbeimmobilien, um steigende Kosten zu begrenzen. Auf lokaler Ebene kämpfen  
28 wir für den Erhalt zusammenhängender Gewerbebestände durch vorausschauende  
29 Bebauungsplanung, die Förderung landeseigener Gewerbehöfe sowie den Ankauf  
30 privater Gewerbeimmobilien, um diese in öffentliches Eigentum zu überführen und  
31 langfristig stabile Mieten zu sichern. Zugleich treiben wir den Ausbau schneller,  
32 flächendeckender und nachhaltiger digitaler Netze voran, um digitale Teilhabe zu  
33 gewährleisten und die lokale Wirtschaft zu stärken. Bei öffentlichen Aufträgen sollen  
34 ökologische und soziale Kriterien verbindlich berücksichtigt werden, um regionale  
35 Wirtschaftskreisläufe zu fördern und nachhaltiges Wirtschaften zu unterstützen.  
36 Ebenso befürworten wir die regionale Vermarktung von Lebensmitteln und  
37 Produkten, um Transportwege zu verkürzen, die Umwelt zu entlasten und die  
38 regionale Wirtschaft zu stärken, wobei wiederverwendbare und recyclingfähige  
39 Materialien bevorzugt werden sollen. Initiativen für Werkstätten und  
40 Reparaturzentren wollen wir ausbauen, um Ressourcen zu schonen, die  
41 Wiederverwendung zu fördern und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.  
42 Zudem setzen wir uns für die Einrichtung von Coworking-Spaces ein, die flexible

1 Arbeitsformen ermöglichen, unnötige Pendelwege reduzieren und lokale  
2 Wirtschaftsstrukturen stärken. Unternehmen und Wohnungsbaugesellschaften sollen  
3 durch Gemeinwohlbilanzen soziale, ökologische und wirtschaftliche Verantwortung  
4 transparent machen und so zu nachhaltigem und gerechtem Wirtschaften beitragen.  
5 Ebenso wichtig ist eine verlässliche und nachhaltige Verkehrsanbindung,  
6 insbesondere durch einen starken öffentlichen Nahverkehr, um Gewerbegebiete gut  
7 erreichbar zu machen und den Autoverkehr zu reduzieren. Insgesamt verfolgen wir  
8 das Ziel, ökologisch verträgliches Wachstum, gute Arbeitsbedingungen und soziale  
9 Teilhabe zu fördern und damit regionale Wirtschaftskreisläufe nachhaltig zu stärken.

10 Wir fordern die Neuausrichtung und Weiterentwicklung der zentralen Zielsetzungen  
11 für den CleanTech Business Park mit einer klaren langfristigen Perspektive für die  
12 Nutzung des Standorts. Der jahrelange Stillstand schadet dem Image des Bezirks  
13 und muss beendet werden. Deshalb sollen zeitnah neue Impulse gesetzt werden,  
14 etwa durch die Einrichtung eines Runden Tisches mit allen relevanten Akteur\*innen  
15 und die Prüfung alternativer Nutzungsmöglichkeiten wie Wohnungsbau oder eine  
16 stärkere ökologische Aufwertung durch Begrünung und Baumpflanzungen.

17 Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Bildungseinrichtungen  
18 soll gezielt gefördert werden, um die Berufsausbildung und das duale System  
19 insgesamt aufzuwerten. Gleichzeitig müssen Arbeitsagentur und Jobcenter bei der  
20 Bewältigung der gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit unterstützt werden,  
21 insbesondere durch passgenaue Unterstützungsangebote und  
22 Qualifizierungsmaßnahmen für junge Menschen.

23 Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf muss verstärkt als Vorbild in der Ausbildung  
24 fungieren. Die Ausbildung im öffentlichen Dienst soll nicht nur eine Chance für den  
25 Berufseinstieg bieten, sondern auch zur Nachwuchsförderung in der Verwaltung  
26 beitragen. Wir fordern, dass mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Sektor  
27 geschaffen werden, um jungen Menschen eine stabile Zukunftsperspektive zu  
28 eröffnen.

## 29 **Kultur ist Lebensmittel**

30 Kultur ist ein grundlegender Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens und für viele  
31 Menschen unverzichtbar. Deshalb muss Kultur für Menschen aller Altersgruppen  
32 zugänglich und erlebbar sein. Gleichzeitig müssen Kulturschaffende fair und  
33 angemessen bezahlt werden, damit kulturelle Arbeit langfristig gesichert und  
34 wertgeschätzt wird.

35 Die Linke setzt sich dafür ein, alle Kulturorte im Bezirk dauerhaft zu erhalten und zu  
36 stärken. Dazu gehören das Freizeitforum Marzahn als zentraler Ort für Kultur- und  
37 Freizeitangebote, das Kino „Kiste“ in Hellersdorf, das nach einer Zwischennutzung  
38 wieder als Kino betrieben werden soll, sowie das Theater am Park (TaP) in Biesdorf,  
39 für dessen Sanierung die vom Senat zugesagten Fördermittel endlich beantragt  
40 werden müssen. Voraussetzung dafür sind ein tragfähiges Betriebs- und  
41 Finanzierungskonzept unter Einbeziehung der vor Ort aktiven Vereine und

1 Nutzer\*innen. Ebenso sollen das Kabarett-Theater „Chilischoten“, das Tschechow-  
 2 Theater, der Projektraum „Galerie M“, die kleinen Theater- und Puppenbühnen für  
 3 Kinder sowie die Jugendkunstschule „Lin Jaldati“, die sich zugleich für weitere  
 4 kulturelle Nutzungen öffnen soll, erhalten bleiben. Auch das genossenschaftlich  
 5 organisierte „Grüne Theater“, ein in Berlin bislang einmaliges Modell, soll langfristig  
 6 gesichert und unterstützt werden.

7 Das Ausstellungszentrum „Pyramide“ in Hellersdorf sollte unter Denkmalschutz  
 8 gestellt werden, da es nicht nur ein lebendiger Kulturort ist. Sie hat auch eine  
 9 außergewöhnliche Architektur, entworfen vom weit über Berlin hinaus bekannten  
 10 Architektenehepaar Schüler-Witte.

11 Für das Schloss Biesdorf als überregional bedeutsame kommunale Galerie müssen  
 12 in ausreichendem Umfang Honorare für die ausstellenden Künstler\*innen  
 13 bereitgestellt werden!

14 Das Bezirksmuseum im Gut braucht endlich mehr Mitarbeiter\*innen für seine zwei  
 15 Standorte.

16 Die Linke setzt sich dafür ein, dass alle verfügbaren Fördermöglichkeiten für  
 17 Künstlerinnen und kulturelle Projekte konsequent ausgeschöpft werden und das  
 18 Kulturamt personell gestärkt wird. Gleichzeitig müssen Beschäftigte im Kulturbereich  
 19 fair bezahlt werden, und die Leiterinnen von Kultureinrichtungen sollen auch in  
 20 Marzahn-Hellersdorf – wie in den anderen Berliner Bezirken üblich – entsprechend  
 21 der von den Berliner Fachbereichsleiter\*innen Kultur entwickelten Beschreibung des  
 22 Aufgabenkreises eingruppiert werden. Zudem sollen geeignete öffentliche Gebäude  
 23 stärker für kulturelle Nutzungen geöffnet werden, etwa indem nach der Sanierung  
 24 des Alten Rathauses Marzahn das Foyer und der Ratskeller auch für Ausstellungen  
 25 und Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Ebenso soll die Musikschule „Hans-  
 26 Werner-Henze“ mehr Lehrkräfte fest anstellen können und ihre Angebote an allen  
 27 drei Standorten ausweiten. Darüber hinaus gilt es, die vielfältige Kunst im öffentlichen  
 28 Raum dauerhaft zu schützen und zu erhalten.

## 29 **Bibliotheken**

30 Die Linke setzt sich dafür ein, das Netz der öffentlichen Bibliotheken als sogenannte  
 31 Dritte Orte weiter auszubauen, eine zusätzliche Bibliothek am Elsterwerdaer Platz  
 32 einzurichten und durch die Anschaffung eines Bücherbusses auch den  
 33 Bewohner\*innen der Siedlungsgebiete den Zugang zu bibliothekarischen Angeboten  
 34 zu ermöglichen. Zudem soll sichergestellt werden, dass mindestens eine Bibliothek  
 35 im Bezirk auch am Wochenende geöffnet ist.

36 Die Erhöhung der Anzahl von Schulbibliotheken und die Kooperation der öffentlichen  
 37 Bibliotheken mit ihnen sind uns ebenso wichtig.

38 **Die Linke** wird dafür kämpfen, dass das Projekt des “Digitalzebra” von der Ehm-  
 39 Welk-Bibliothek auf weitere Bibliotheken des Bezirks, wie z.B. die Heinrich-von-

1 Kleist-Bibliothek in der Havemannstraße und die Bezirkszentralbibliothek Marzahn-  
2 Hellersdorf "Mark Twain" ausgedehnt wird.

3

#### 4 **Sportangebote stärken**

5 **Die Linke** setzt sich für die Förderung des Freizeit- und Leistungssports ein. Unsere  
6 Sportvereine müssen finanziell unterstützt werden und die Zusammenarbeit von  
7 Schulen und Sportvereinen im Rahmen des Ganztagsangebotes der Schulen  
8 gefördert werden.

9 Wir stehen für einen bedarfsgerechten Bau und Ausbau aller Sportanlagen im Bezirk.  
10 Handlungsleitend ist dabei die Umsetzung der Sportentwicklungsplanung für  
11 Marzahn-Hellersdorf. Dazu sind die entsprechenden Voraussetzungen über das  
12 Schul- und Sportstätten-Sanierungsprogramm und über den Bezirkshaushalt zu  
13 schaffen. Sanierungsbedürftige bezirkliche Sportstätten sollen auch über das  
14 Sondervermögen des Bundes und die „Sportmilliarde“ profitieren. Die Finanzierung  
15 der Sporthallen in der Jänschwalder Straße und Lichtenhainer Straße muss prioritär  
16 sichergestellt werden.

17 Zur Förderung des Cricket-Sports setzen wir uns für die Idee und Realisierung eines  
18 Sportpark Hönow ein. Wir fördern Tischtennis mit einer Tischtennisplatten-Kampagne  
19 im Bezirk: kaputte Tischtennisplatten sollen repariert und neue bedarfsgerecht  
20 errichtet werden.

21 Die Linke setzt sich dafür ein, am Jelena-Šantić-Friedenspark von Beginn an ein  
22 Kombibad aus Frei- und Hallenbad zu errichten, anstatt zunächst nur eine  
23 Typenschwimmhalle mit später möglicher Ergänzung eines Außenbeckens zu bauen.  
24 Zudem soll das Baden in den Kaulsdorfer Seen und im Biesdorfer Baggersee in  
25 Abstimmung mit den Wasserbetrieben rechtlich abgesichert werden, während  
26 Nutzungskonflikte durch einen verstärkten Einsatz von Parkmanager\*innen reduziert  
27 werden sollen. Darüber hinaus müssen die Hallenbäder im Bezirk bedarfsgerechte  
28 Öffnungszeiten für Schulschwimmen, Vereinssport und öffentliches  
29 Freizeitschwimmen bereitstellen.

30 Aus dem Wuhletal werden wir ein zusammenhängendes „Sportband“ machen – ein  
31 grüner Bewegungsraum, der sich von Ahrensfelde über Marzahn, Hellersdorf und  
32 Biesdorf zieht und vielfältige Möglichkeiten für Sport, Spiel und Erholung bietet.  
33 Entlang des Tals verbinden Wege, offene Grünflächen und bestehende  
34 Sportangebote Orte für Joggen, Radfahren, Fitness, Ballsport und informelle  
35 Bewegung und schaffen so einen durchgehenden Freiraum für aktive  
36 Freizeitgestaltung in unserem Bezirk.